



**Annette Widmann-Mauz MdB**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

## Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 20 / 21.03.2014

### Liebe Leserinnen und Leser,

Unterhändler des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und des Ministerrates haben sich nach langen Verhandlungen auf einen Mechanismus zur Abwicklung von zahlungsunfähig gewordenen Banken geeinigt. Nicht ohne Grund spricht Bundesfinanzminister Schäuble vom größten europäischen Projekt seit Einführung des Euro. Dass die zentralen Punkte des Bankenpakets innerhalb eines Jahres vereinbart werden konnten, unterstreicht die Konsequenz und Handlungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten.

Bei wichtigen Regelungen konnten sich die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister mit ihren Vorstellungen durchsetzen. Ziel war es, einen vernünftigen Entscheidungsmechanismus mit effektiver Kontrolle der eingesetzten Mittel zu finden. Die Risiken für die Steuerzahler sollen dabei so niedrig wie möglich gehalten werden. Dies ist nun auf rechtssicherer Grundlage möglich. Die Eckpunkte tragen die Handschrift der Bundesregierung:

- Klare Beteiligung privater Gläubiger von Beginn an, das sogenannte Bail-In.
- Schnellere Einzahlung in den künftigen Bankenfonds und schrittweise Vergemeinschaftung der Bankengelder.
- Gemeinschaftshaftung der teilnehmenden Mitgliedstaaten bleibt ausgeschlossen.

Auf dem gefundenen Kompromiss kann weiter aufgebaut werden. Die Haushalts- und Finanzexperten der Unionsfraktion werden sich jetzt dafür einsetzen, dass noch verbleibende wichtige Punkte geregelt werden, bevor die Unterschrift unter das Abkommen gesetzt wird. So ist noch offen, ob die von den Banken geleisteten Gelder steuerlich abzugsfähig sind oder nicht. Ein Aufbau des Fonds auf Kosten des Steuerzahlers sollte es nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht geben und sollte für alle teilnehmenden Mitgliedstaaten gleich geregelt werden.

Zugleich sollte die Bankenabgabe proportional geregelt werden, damit die Banken insbesondere entsprechend ihrer Größe und Risikoeinstufung herangezogen werden. Diese wesentlichen Knackpunkte gilt es jetzt auf konstruktiver Basis auszuräumen, bevor eine Ratifizierung der Gesetze zum Abwicklungsfonds und –mechanismus erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre

*Annette Widmann-Mauz*

Annette Widmann-Mauz MdB  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/ 227 -77217  
Telefax: 030/ 227-76749  
annette.widmann-mauz@bundestag.de  
www.facebook.com/widmann-mauz





### Aus dem Bundestag

#### Bundeskanzlerin gibt Regierungserklärung zum EU-Gipfel – Russland ist isoliert

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht Russland nach der Annexion der Schwarzmeerhalbinsel Krim zunehmend international isoliert. Angesichts des völkerrechtswidrigen Verhaltens der Regierung in Moskau erklärte sie die Zusammenarbeit im Rahmen der acht Industrienationen für beendet. „Solange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G8 nicht mehr gegeben ist, gibt es die G8 nicht mehr“, sagte die Kanzlerin am Donnerstag in einer Regierungserklärung zum EU-Gipfel.



Bundeskanzlerin Merkel bei ihrer Regierungserklärung  
(Foto: Tobias Koch)

Merkel erneuerte ihre Kritik an dem sogenannten Referendum auf der Krim: Es „entsprach weder der ukrainischen Verfassung noch den Standards des Völkerrechts“, sagte die Kanzlerin. Das Ergebnis der Abstimmung werde die internationale Völkergemeinschaft nicht anerkennen. Es handele sich

um eine einseitige Veränderung von Grenzen. Merkel wies darauf hin, dass eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die das Referendum verurteilte, nur am russischen Veto gescheitert sei.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden nach Ankündigung von Merkel die Sanktionen der Stufe II ausweiten. Vor zwei Wochen hatte sich die Europäische Union auf einen Drei-Stufen-Plan von Strafmaßnahmen geeinigt. Sollte sich die Lage in der Ukraine verschärfen, dann werde die EU die dritte Stufe, also wirtschaftliche Sanktionen, einleiten. Dies könnte der Fall sein, sollte sich die Lage in der Ost- und Südukraine weiter destabilisieren. Ob die geplanten deutsch-russischen Konsultationen Ende April stattfinden werden, sei derzeit offen, sagte die Regierungschefin.

Merkel bekräftigte, dass Deutschland und die Europäische Union die Ukraine mit konkreter Hilfe unterstützen wollen. Das Hilfsprogramm der EU müsse jetzt schnell umgesetzt werden, forderte die Kanzlerin. Sie wies darauf hin, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) derzeit ebenfalls Gespräche mit Kiew über finanzielle Hilfen führe.





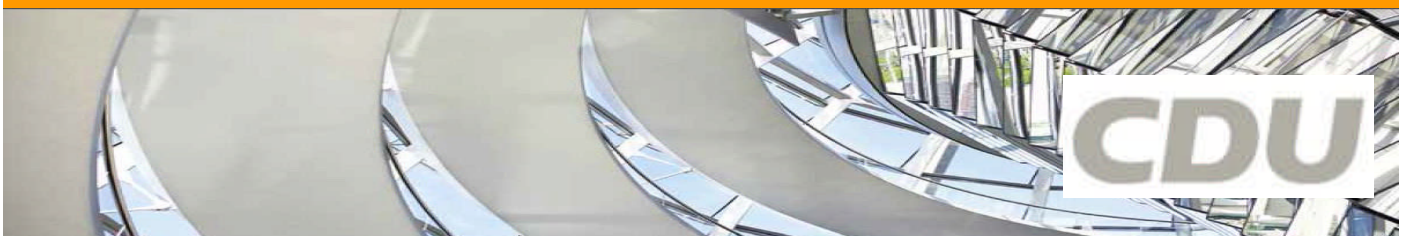
### Aus dem Bundestag

Der EU-Frühjahrgipfel befasst sich traditionell mit Wirtschaftsfragen. In dem Zusammenhang zog Merkel eine positive Zwischenbilanz der Bemühungen, die gemeinsame europäische Währung zu stabilisieren und die Staatsschuldenkrise zu bewältigen. Wachstum und Beschäftigung sind nach den Worten der Kanzlerin der Schlüssel dafür, „um stärker aus der Krise herauszukommen als wir in sie hineingegangen sind“. Die Euro-Zone als Ganzes habe erstmals nach schweren Jahren die Rezession hinter sich gelassen. Die Europäische Kommission rechne für 2014 mit einem Wachstum von 1,2 Prozent. Der Aufschwung sei allerdings keineswegs gesichert, warnte sie. Eine weitere wirtschaftspolitische Koordinierung sei notwendig, denn eine Konzentration auf Fiskaldisziplin allein reiche nicht aus.



Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder zog die Lehre aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern das Recht muss das Starke sein in der Welt“, sagte er. Dass nun Friede herrsche, habe nichts mit Russland zu tun, sondern mit der Einigung Europas. Er sei dankbar, dass der überwiegende Teil des Bundestages, abgesehen von „ganz links“, hinter der Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union stehe, wenn es um die Reaktionen gegenüber Moskau gehe.

Kauder dankte der deutschen Wirtschaft, speziell dem BDI und dem DIHK, die sich ebenfalls hinter die Politik der Bundesregierung gestellt hatten. Wirtschaftliche Sanktionen seien unter Umständen schmerzhaft, jedoch sei nichts schmerzhafter, als Willkür ausgeliefert zu sein, hatte DIHK-Präsident Eric Schweitzer erklärt. „Europa ist eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft und eine Friedenssicherung“, rief Kauder in Erinnerung. Diese Botschaft müsse von dem EU-Gipfel ausgehen. „Nichts wäre schlimmer, als wenn der russische Präsident Putin auch noch den Erfolg hätte, dass wir uns in Europa über Maßnahmen gegen Russland zerstritten.“







### Aus dem Bundestag

#### Neue Impulse für die Entwicklungspartnerschaft mit Afrika

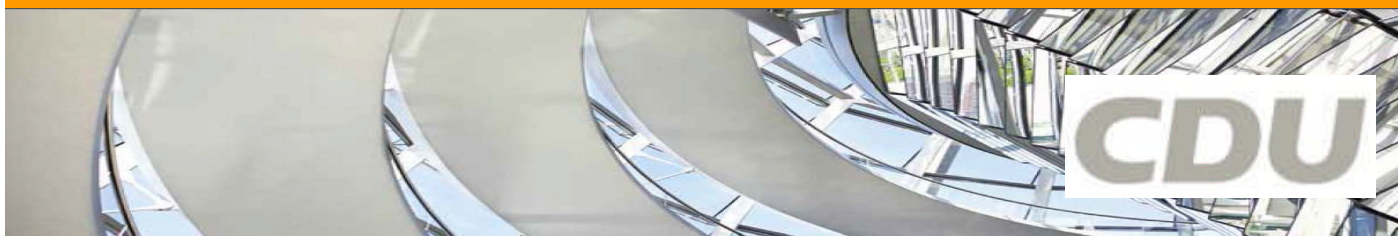
Die EU-Staats- und Regierungschefs kommen Anfang April zu ihrem vierten EU-Afrika-Gipfel zusammen, von dem neue Impulse für die entwicklungspolitische Partnerschaft beider Seiten ausgehen sollen. Aus diesem Anlass hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen Antrag formuliert, den der Bundestag am Freitag beschloss. Kernforderungen sind unter anderem die Förderung von Frieden und Sicherheit, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die gute und stabile Arbeitsplätze schafft, sowie die Einhaltung internationaler Umwelt und Sozialstandards in Afrika.

„Die Erwartungen an Deutschland, besondere Impulse für die nachhaltige Entwicklung auf ihrem Kontinent zu geben, sind bei den Menschen Afrikas hoch“, heißt es in dem Antrag. Umgekehrt seien die Länder Afrikas bei allen bestehenden Herausforderungen für Deutschland und Europa auch zunehmend wichtigere Partner geworden, z.B. bei der Lösung globaler Fragen des Klimawandels. Dabei gelte es, „Afrika nicht nur als Krisenherd anzusehen, sondern als Nachbarcontinent mit vielen Chancen und Potenzialen zu begreifen“. Dabei sollen sich die Partner Europäische Union und Afrika auf Augenhöhe begegnen.

Mit Blick auf die Krisenherde in Nordafrika und der Sahelzone weist der Antrag darauf hin, dass Entwicklungspolitik immer auch „vorausschauende Friedenspolitik“ sei, wenn sie dazu beitrage, die Stabilität in einem Land zu erhöhen. Die Bewältigung der Folgen des globalen Klimawandels sowie eine moderne Energieversorgung seien für den afrikanischen Kontinent ebenfalls von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus soll dafür gesorgt werden, dass das hohe Wirtschaftswachstum in vielen Staaten Afrikas auch in Arbeitsplätze umgemünzt wird.



(Foto: picture alliance/Yannick Tylle)





### Aktuelles

#### **Widmann-Mauz MdB verleiht renommierten Paul-Ehrlich-Preis in Frankfurt**

Am 14.03.2014 wurde in der Frankfurter Paulskirche der Paul Ehrlich- und Ludwig Darmstaedter-Preis 2014 verliehen. Mit ihm werden Wissenschaftler ausgezeichnet, die sich auf dem Gebiet der Immunologie, Krebsforschung, Hämatologie, Mikrobiologie und Chemotherapie verdient gemacht haben. Als Vertreterin der Bundesregierung würdigte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB, die diesjährigen Preisträger Prof. Michael Reth von der Universität Freiburg und die Nachwuchswissenschaftlerin Dr. Andrea Ablasser von der Universität Bonn.



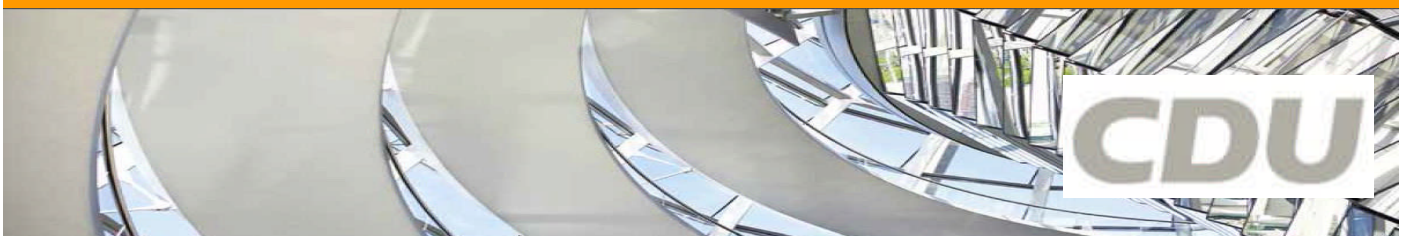
(Foto: Uwe Dettmar)  
(Prof. Harald zur Hausen, Vorsitzender des Stiftungsrates, der Preisträger Prof. Michael Reth und Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB)

Der Preis gehört zu den international renommiertesten Auszeichnungen, die in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Medizin vergeben werden und seit 1952 verliehen wird.

Widmann-Mauz MdB hob in Ihrer Würdigung die enge wissenschaftliche Verbindung zwischen den Studien von Paul Ehrlich (1854-1915) und dem diesjährigen Preisträger hervor. 100 Jahre nach Ehrlichs sog. Seitenkettentheorie habe Prof. Reths Forschung dazu beigetragen, die molekularen Grundlagen dieser Theorie zu entschlüsseln. „Diese Erkenntnisse können künftig dazu beitragen, neue Einblicke in die Entstehung von B-Zell-Tumoren, einer Krebserkrankung spezifischer Zellen des Immunsystems, zu geben und damit die therapeutischen Möglichkeiten zu verbessern, unterstrich die Staatssekretärin die herausragende Forschungsleistung.



(Foto: Uwe Dettmar)

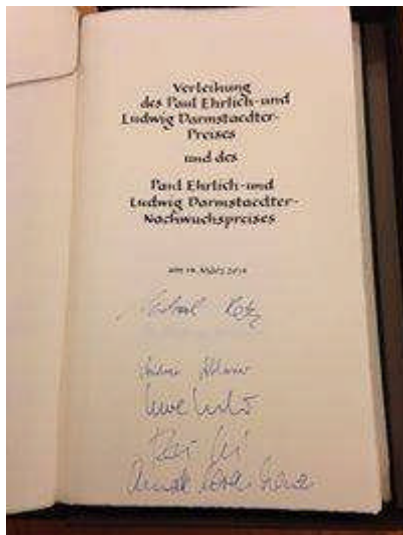




### Aktuelles

Noch immer seien Krebserkrankungen in Deutschland die zweithäufigste Todesursache. Deshalb habe die Bundesregierung hier mit dem Nationalen Krebsplan Maßnahmen ergriffen, die Früherkennung und Therapien stärken.

Auch Dr. Andrea Ablasser, die mit dem Nachwuchspreis der Paul-Ehrlich-Stiftung geehrt wurde, konnte mit richtungsweisenden Erkenntnissen im Bereich Immunologie überzeugen. Dank ihrer Forschung kann aufgezeigt werden, auf welche Weise das Immunsystem einen bedrohlichen Kontakt mit Viren und Bakterien erkennt und bewertet. Sie konnte Sensoren und Botenstoffe identifizieren, mit deren Hilfe im menschlichen Immunsystem kommuniziert wird.



### Geburt eines Kindes darf nicht in die Teilzeitspirale führen – Annette Widmann-Mauz zum Equal Pay Day 2014

Am 21. März 2014 ist Equal Pay Day. Die Tübinger CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB, erklärt hierzu:

„Arbeitgeber, Tarifpartner und die Politik müssen Hand in Hand arbeiten, um die Entgeltlücke weiter zu schließen. Das Geschlecht darf bei der Entlohnung keine Rolle spielen. Ganz egal ob Frau oder Mann: Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden. „Was aber steckt genau hinter dem Equal Pay Day? Das Datum markiert den Zeitraum im Jahr, den Frauen hierzulande bei gleichem Arbeitsvolumen (bezogen auf die Männer) ohne Bezahlung arbeiten. In Deutschland sind das 22% von 365 Tagen = 80 Tage. Thema des Aktionstages ist in diesem Jahr „...und raus bist Du?“ - er will auf den oftmals mit der Babypause und einer anschließenden Reduzierung der Arbeitszeit verbundenen Karriereknick hinweisen. „In den Koalitionsverhandlungen haben wir uns zum Ziel gesetzt, in dieser Legislaturperiode einen Anspruch auf befristete Teilzeit einzuführen, d.h. Frauen, die nach der Babypause für eine bestimmte Zeit ihre Arbeitszeit reduzieren, einen Rückkehranspruch in Vollzeit zuzusichern. Meiner Meinung nach der richtige Schritt, um Frauen vor einem Karriereknick zu schützen. Teilzeit darf keine Einbahnstraße sein.“







### Daten & Fakten

#### Ältere heute stärker am Erwerbsleben beteiligt.

Im Jahr 2012 war der Anteil der am Arbeitsmarkt aktiven 60- bis 64-Jährigen fast doppelt so hoch wie noch 2002: Waren damals nur 25,1 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig oder als erwerbslos registriert, so sind es heute 49,6 Prozent. Besonders Frauen konnten ihre Beteiligung am Erwerbsleben in diesem Zeitraum steigern: Von 16,4 Prozent im Jahr 2002 auf rund 40,9 Prozent zehn Jahre später. Bei den Männern legte die Erwerbsbeteiligung von 34,0 auf 58,6 Prozent zu. Zugleich hat sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter im Zehnjahresvergleich um knapp zwei Jahre nach hinten verlagert. Beschäftigte, die im Jahr 2011 ihre Erwerbstätigkeit wegen Ruhestands aufgegeben haben, waren im Mittel 61,1 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor betrug das Durchschnittsalter noch 59,3 Jahre. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Besuchen Sie mich jetzt  
auch auf Facebook**  
[www.facebook.com/  
widmannmauz](http://www.facebook.com/widmannmauz)



### Daten & Fakten

#### Betreuungsgeld für fast 65.000 Kinder ausgezahlt.

Von der Einführung zum 1. August bis zum 31. Dezember 2013 wurden insgesamt 64.877 Anträge auf Betreuungsgeld bewilligt und die neue Leistung des Bundes für Eltern ausgezahlt. Einen deutlichen Unterschied bei der Inanspruchnahme kann man zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen: Während in den neuen Ländern Eltern das Betreuungsgeld im Schnitt für 13,1 Monat beantragen, waren es im Westen 19,7 Monate. Insgesamt kann Betreuungsgeld bis zu 22 Monate lang bezogen werden. Für diese Gesamtdauer haben sich im Betrachtungszeitraum 78 Prozent der Eltern entschieden. Obwohl es bei Elternpaaren nicht darauf ankommt, wer Antragssteller ist, haben hauptsächlich Mütter das Betreuungsgeld bezogen (95 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt)



(Foto:CDU Deutschlands/Butzmann )

